

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

vom 26. Januar 2016 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Januar 2016) und **Antwort**

Stadtteilmütter und Integrationslots(inn)en-Wege in Beschäftigung oder Sackgasse I (Chancen der Weiterbeschäftigung und/oder Anschlussförderung)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele der derzeit in beschäftigungsfördernden Maßnahmen der Job-Center arbeitenden über 200 Stadtteilmütter und Integrationslots(inn)en werden nach Ablauf der Job-Center-Förderung in den Jahren 2016 und 2017 die Möglichkeit erhalten, im Rahmen der Landesprogramms weiterbeschäftigt zu werden und ihre gute Arbeit für den sozialen Zusammenhalt in Berlin fortzusetzen?

Zu 1.: Grundsätzlich können sich alle Stadtteilmütter/Integrationslotsen und Integrationslotsinnen nach Ablauf der entsprechenden Beschäftigungsmaßnahmen und bei Vorliegen der Qualifikation für eine Tätigkeit im Landesrahmenprogramm bewerben. Eine Aufnahme in das Landesrahmenprogramm erfolgt nach Maßgabe der dort verfügbaren Stellen. Derzeit sind im Landesrahmenprogramm 157 Stellen besetzt. Aufgrund der Fluktuation kommt es immer wieder zu Nachbesetzungsbedarfen, bei denen eine Vortätigkeit in einer entsprechenden Beschäftigungsmaßnahme gute Übernahmechancen bietet. Darüber hinaus ist perspektivisch mit steigendem Zuzug nach Berlin eher mit einem wachsenden Bedarf an Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sowie Stadtteilmüttern zu rechnen.

2. Wie werden die Bewerbungsverfahren gestaltet?

Zu 2.: Die Personen bewerben sich bei den Trägern, die das Landesrahmenprogramm umsetzen.

3. Welche Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung in den Bezirken werden vom Senat in welcher Weise unterstützt? Welche Mittel werden den Bezirken für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und wie wird im Rahmen der KLR sichergestellt, dass die wertvollen Tätigkeiten

der Stadtteilmütter/Integrationslots(inn)en in den Bezirken nachhaltig gesichert werden können?

Zu 3.: Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen stellt ab sofort 12 Koordinatorinnen und Koordinatoren ein, die jeweils einem Bezirk zugeordnet werden. Als Arbeitsplatz ist das Bezirksamt vorgesehen. Für diese Tätigkeit kommen auch Integrationslotsinnen und Integrationslotsen mit entsprechenden Vorqualifikationen in Frage. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sollen alle Lotsen- und Stadtteilmütterprojekte aus öffentlich geförderter Beschäftigung (öGB) und dem Landesrahmenprogramm im Bezirk vernetzen.

4. Ist geplant bei Ausschreibungen sozialer Projekte und Förderprogramme den Trägern zu ermöglichen, zusätzlich zu anerkannten Fachkräften auch Stadtteilmütter/Integrationslots(inn)en abrechnungsfähig einzusetzen? Welche anderen Maßnahmen sind geplant, um Beschäftigungsmöglichkeiten bei Freien Trägern für Stadtteilmütter/Integrationslots(inn)en nach Auslaufen der Job-Center-Förderung zu schaffen, um deren wertvolle Kompetenzen zu erhalten und zu nutzen?

5. Welche Anschlussförderungen sind vorgesehen, um Stadtteilmütter/Integrationslots(inn)en, die weder im Landesprogramm noch in den Bezirken oder bei Freien Trägern eine Weiterbeschäftigung finden, den Einstieg in eine Beschäftigung/Ausbildung zu ermöglichen, die ihre gewonnen Kompetenzen einbezieht und die Menschen nicht ohne jeden formalen Qualifikationsnachweis in die Arbeitsmarktkonkurrenz zurückschickt?

Zu 4. und 5.: Zurzeit wird im Rahmen einer Expertinnen-/Experten- und Arbeitsgruppe unter Leitung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ein Berufsbild konzipiert. Dadurch sollen weitere berufliche Perspektiven außerhalb des Landesrahmenprogramms geschaffen werden. Damit könnte die Möglichkeit, bei Ausschreibungen Stellenkontingente für Integrationslot-

sinnen und Integrationslotsen zu berücksichtigen, wesentlich verbessert werden. Darüber hinaus wird auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage Nr. 17/17838 verwiesen.

Berlin, den 12. Februar 2016

In Vertretung

Barbara Loth
Senatsverwaltung für Arbeit,
Integration und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Feb. 2016)